

## MITTWOCHSKOLUMNE

Chanty-Mansjisk – so heißt die russische Stadt mit dem unaussprechlichen Namen, die der großen Mehrheit der Deutschen unbekannt ist. In Russland kennt man diese Stadt sehr gut, und man spricht ihren Namen mit einem besonderen Gefühl aus. Denn die westsibirische Stadt, in der am Donnerstag, 26. Juni, der EU-Russland-Gipfel beginnt, ist die Hauptstadt einer der reichsten Regionen der Russischen Föderation. In Jugra, so deren Kurzname, wird mehr Erdöl gefördert als in allen ölfreien russischen Regionen zusammengefasst.

Und der Nachbar, der Autonome Kreis der Jamal-Nenzen, ist Weltmeister in der Gasförderung. Deshalb ist es a priori klar, warum es sich bei den Verhandlungen in erster Linie drehen wird. Außerdem gibt es keinen Zweifel, dass das neue Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland erfolgreich abgeschlossen werden wird. Nicht, weil polnische und litauische Vetos gegen diese

Verhandlungen zurückgezogen wurden oder westeuropäische Spitzenpolitiker mit dem russischen Klondyke geblendet werden. Obwohl das von der russischen Seite als ein Bestandteil der Verhandlungsstrategie vorgeplant wurde: Es ist eine Kreml-Tradition, seine Politik mit einer guten Portion Symbolismus zu verbinden.

Das sogenannte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russischer Föderation wird aus ganz einfachen und pragmatischen Gründen für beide Seiten vorteilhaft ausgearbeitet, abgeschlossen und in allen EU-Staaten ratifiziert. Und das passiert viel schneller, als der slowenische Außenminister und EU-Ratspräsident Dimitrij Rupel vor einem Monat in Brüssel vorhergesagt hat. Zwei Jahre wären zu lang für beide Seiten: große Politik, große Geschäfte und lebenswichtiger Bedarf können so lange nicht warten. Das umso weniger, als die vielseitige wirtschaftliche und politische Kooperation schon seit einem Halbjahr

## Von außen betrachtet



Andrey Kobayakov

## Sibirischer Poker

Der russische Journalist schreibt heute über den bevorstehenden EU-Russland-Gipfel in Sibirien.

nach dem abgelaufenen und automatisch verlängerten veralteten Abkommen von 1997 verläuft.

Auch der neu gewählte Präsident Dmitrij Medwedew will sich nicht mit zähen Verhandlungen belasten. Das In-

teresse ist groß, die Einsätze sind hoch. In diesem Poker werden Deutschland und Frankreich die Geber sein. Deutschland wird von den Russen immer als eine Art Schiedsrichter in Auseinandersetzungen mit der EU

wahrgenommen, auch nach der Schröder-Ära. Und Frankreich ist dabei, die EU-Ratpräsidentschaft zu übernehmen. Der ehrgeizige Hausherr des Élysée-Palastes verpasst keine Chance, etwas zu erreichen, was Deutschland nicht gelungen ist. Deutschland ist einer der größten Energieimporteure in Westeuropa: mehr als 30 Prozent Erdöl und bis zu 45 Prozent Erdgas kommen aus Russland. Der Verzicht auf die Atomenergie verstärkt die Energieabhängigkeit noch.

Berlin hatte bereits Stress wegen „zufälliger“ Lieferungsaufläufe. Und die Inbetriebnahme der Ostseepipeline „Nord Stream“ ist erst für 2011 geplant. Nicht umsonst wird das Wort „Energiesicherheit“ auf höchster politischer Ebene immer häufiger in den Mund genommen.

Das Thema gerät ganz sicher auch in den Fokus der 10. deutsch-russischen Regierungskonsultationen, die im September in St. Petersburg stattfinden sollen. Die Frage ist: Warum sollen sich die Europäer im Endeffekt keine

Sorgen machen, obwohl ihre Karten nicht besonders gut zu sein scheinen?

Es gibt noch eine andere Statistik. Mehr als 70 Prozent der gesamten Exporte aus Russland entfallen auf Energieträger. Erdöl und Gas bilden den Großteil des russischen Bruttoinlandsprodukts. Die heutige innenpolitische Stabilität und das wirtschaftliche Aufblühen Russlands stammen aus den faktisch nationalisierten Bohrlöchern und Gasröhren. Und Bonität und Verlässlichkeit der westeuropäischen Partner sind im Vergleich zu einigen osteuropäischen Staaten sehr hoch und seit der Sowjetzeit einwandfrei nachgewiesen.

Solche Kunden wie die EU-Länder zu verlieren wäre für Russland eine Katastrophe. Deshalb sollte die Hauptforderung der EU – Stabilität und Entpolitisierung von Gaslieferungen – von Moskau akzeptiert werden. Und das heißt, dass es bei dem Poker, der in Sibirien beginnt, keinen Sieger geben wird. Und dementsprechend auch keinen Verlierer.

## AFGHANISTAN



Insgesamt 4500 deutsche Soldaten sollen künftig in Afghanistan für mehr Sicherheit sorgen. FOTO: DDP

## Deutschland verstärkt Truppe auf 4500 Mann

Berlin – Die Bundeswehr kann ab Mitte Oktober voraussichtlich mehr Soldaten nach Afghanistan schicken: Verteidigungsminister Franz Josef Jung und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan sprachen sich in Berlin dafür aus, die Obergrenze im neuen ISAF-Mandat von 3500 auf 4500 anzuheben. Die endgültige Entscheidung darüber hat der Bundestag.

Mit der Aufstockung des Kontingents soll die Bundeswehr größeren personellen Spielraum bekommen. „Wir brauchen ein Stück mehr Flexibilität, um gegebenenfalls auf Herausforderungen reagieren zu können“, sagte der Minister. Die Obergrenze von 4500 heiße nicht, dass so viele Soldaten gleichzeitig im Einsatz seien. Auch Schneiderhan betonte, dass die Entsendung von mehr Soldaten unmittelbar nach Mandatsverlängerung nicht geplant sei.

Das neue Mandat, das ab 13. Oktober gilt, soll laut Jung nicht wie üblich eine Laufzeit

von zwölf, sondern von 14 Monaten haben. Begründet wurde das damit, dass die Verlängerung sonst zeitlich mit der Bundestagswahl 2009 zusammenfallen würde.

Jung begründete die geplante Anhebung der Obergrenze auch damit, dass die Bundeswehr die Ausbildungsanstrengungen für die afghanische Armee verdreifachen wolle. Die Wahlen im nächsten Jahr in Afghanistan erforderten ebenso zusätzliche Sicherheitskräfte. Außerdem müsse man im Norden „Ersatz für die Partnernationen“ Dänemark und Tschechien bereithalten. Jung betonte gleichzeitig, dass der Aufgabenbereich im Norden des Landes bestehen bleibe.

Parallel zur Aufstockung des ISAF-Mandats will Jung die Obergrenze für den Antiterror-Einsatz Enduring Freedom von 1400 auf 800 Soldaten reduzieren. Betroffen ist davon die Marine-Mission Active Endeavour im Mittelmeer; der Einsatz am Horn von Afrika bleibt unverändert.

## NAHOSTKONFERENZ

## Palästinenser bitten um Hilfe

Mit der Zusage konkreter Hilfe zur Stabilisierung der palästinensischen Regierung hat Bundeskanzlerin Merkel in Berlin eine eintägige Nahost-Konferenz eröffnet.

Berlin – Der palästinensische Ministerpräsident Salam Fajjad wandte sich mit einem dramatischen Hilfsappell an die Welt: „Uns geht das Geld aus.“ Bundesaußenminister Steinmeier nannte als Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung Hilfen für die Bereiche Wirtschaft, Sicherheit und Ausbildung.

15 Millionen Euro sagte Steinmeier unmittelbar zu. Über 156 Millionen Euro lägen Zusagen aller Teilnehmer vor, hieß es in Regierungskreisen. 115 Millionen Euro hatte das Auswärtige Amt erwartet. Die Berliner Konferenz mit 45 Delegationen aus 40 Ländern sollte laut Auswärtigem Amt finanzielle Zusagen für ein kurzfristiges Maßnahmenpaket bringen, das vor allem die Sicherheit im Westjordanland verbessert.

So sollen das Training für etwa 6000 bis 7000 palästinensische Zivilpolizisten verstärkt, baufällige Polizeistationen renoviert und Polizisten besser ausgestattet werden. Auch Staatsanwaltschaften und Gerichte sollen gestärkt werden. Es handele sich nicht nur um eine „weitere Nahost-Konferenz“, sagte Merkel. Sie habe einen ganz speziellen Auftrag, nämlich praktische Hilfe. „Hilfe, wenn sie bei den Menschen anköm-

men soll, muss konkret sein“, sagte die Kanzlerin. Die Berliner Konferenz sei ein „Mosaiksteinchen“ beim Aufbau einer Zweistaatenlösung.

Ebenso wie Steinmeier betonte Merkel, sie sehe Fortschritte hin zu einer Lösung des Nahost-Konflikts. Bei der Annapolis-Konferenz vom November vergangenen Jahres sei der politische Wille zur Lösung des Konflikts erkennbar geworden. Doch seien weitere Kompromisse auf allen Seiten nötig, um die Spürhaken aus Misstrauen, Hass und Gewalt zu überwinden.

Härte zeigte Merkel gegenüber der radikalislamischen Hamas im Gazastreifen. Die Grundlage für eine Zusam-

menarbeit sei die Anerkennung des Existenzrechts Israels sowie des Grundsatzes der Gewaltlosigkeit bei der Lösung politischer Probleme.

Fajjad betonte ebenfalls die Zuversicht. „Die Palästinenser sind müde, aber zum ersten Mal seit langer Zeit sind sie auch hoffnungsfroh“, sagte er. Allerdings sei es entscheidend, dass die Autonomiebehörde genügend Mittel habe, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Auch die israelische Außenministerin Zippi Livni sagte, die Verbesserung der Lage sei entscheidend für den Friedensprozess. Israel werde zu Recht aufgefordert, die Lebensbedingungen der Palästi-

nenser zu verbessern. Doch müsse sich das Land auch auf eine effiziente Regierung und Verwaltung auf palästinensischer Seite verlassen können.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Mussa, kritisierte den israelischen Siedlungsbau, der die „Situation am Boden“ verschlechterte. Auch müsse die palästinensische Aussöhnung zwischen Fatah im Westjordanland und Hamas im Gazastreifen ermöglicht werden.

Mussa warnte, schon sei die Hälfte von 2008 vorbei und noch immer seien keine greifbaren Ergebnisse für ein Ende des Konflikts sichtbar. Ziel ist es, noch in diesem Jahr zu einer Lösung zu kommen. ap



Angeregter Meinungs-austausch: Kanzlerin Angela Merkel (M.), US-Außenministerin Condoleezza Rice und der Nahost-Sondergesandte Tony Blair in Berlin. FOTO: DDP

## SPD

## Becks rhetorische Rücktrittsdrohung

Berlin – SPD-Chef Kurt Beck hat sich mit einem rhetorischen Rücktrittsangebot der Unterstützung seiner Fraktion versichert. „Wenn ich Teil des Problems sein sollte – ich klebe an keinem Stuhl“, zitierten ihn Teilnehmer der Sitzung im Reichstagsgebäude. In der Rede, die mit anhaltendem Beifall bedacht worden sei, habe Beck aber zugleich seinen Kampfeswillen bekräftigt: „Klar ist, ich werde für diese Partei kämpfen. Ich lasse mich nicht von außen wegpushen.“ Fraktionschef Peter Struck sagte dazu: „Das steht überhaupt nicht zur Debatte.“ dpa

## CSU

## Höhere Fahrt-Pauschale Mehr Geld für Beamte – Neue Pendler-Arbeitsgruppe

München/Berlin – Im Streit um die Pendlerpauschale erhöht die Staatsregierung im Alleingang die Fahrtkosten-Erstattung – zumindest für die bayerischen Beamten. „Wir reden nicht nur“, sagte CSU-Fraktionschef Georg Schmid, die Regierung handle.

Die Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten im Privatauto liegt seit 2001 zwischen 20 und 30 Cent pro Kilometer. Sie soll laut Schmid um fünf Cent steigen. Kosten: rund vier Millionen Euro pro Jahr. Der Chef des Beamtenbundes, Rolf Habermann, lobte den Vorstoß. Bayern gehe mit gutem Beispiel voran.

Schmid kündigte an, auch bei der Forderung nach der vollen Pendlerpauschale für alle Arbeitnehmer „nicht ein Jota“ abzurücken. Bei einer Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag forderten CSU-Abgeordnete erneut in scharfen Worten ein Einlenken der in dieser Frage skeptischen CDU. Die Fraktion verständigte sich immerhin auf eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe „Energie“, in der auch das Thema Pendler behandelt werden soll. Die Runde unter Führung von Volker Kauder und Peter Ramsauer soll schon nach der Sommerpause Vorschläge vorlegen. cd

## FREIE WÄHLER

## Streit um Pauli-Kandidatur Viele Vorbehalte gegen die Ex-CSU-Politikerin

Nürnberg – Die Landtagskandidatur der einstigen CSU-Rebellin Gabriele Pauli in Nürnberg spaltet die Freien Wähler (FW). Es gebe viele Vorbehalte gegen die frühere Fürther Landrätin, sagte die mittelfränkische FW-Bezirksvorsitzende Karin Knorr. „Das macht uns in den Landkreisen keine große Freude. Es brodelt.“ Der FW-Stadtverband Nürnberg hatte Pauli für den Stimmkreis Nürnberg-Nord nominiert, wo sie gegen Bayerns Ministerpräsidenten Günther Beckstein (CSU) antreten wird.

Heute Abend werden die FW-Delegierten in Kammer-

stein nahe Nürnberg die Bezirksliste für die Landtagswahl aufstellen. Insgesamt sind 24 Listenplätze zu vergeben. „Ich glaube nicht, dass Pauli einen vorderen Platz bekommen wird“, sagte Knorr.

Pauli war Ende April nach 18 Jahren Amtszeit als Fürther Landrätin ausgeschieden. Sie hatte im Vorjahr die CSU-Führungskrise um den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber ausgelöst, die in dessen Rücktritt gipfelte. Bei einem Parteitag im vergangenen Herbst hatte sie vergeblich für den CSU-Vorsitz kandidiert. Später verließ sie die Partei. dpa

## CDU-VORSCHLAG

## „Billiger Strom aus Atomkraft“

Berlin – Die CDU will die steigenden Strompreise mit Hilfe der Atomkraft wieder senken. „Deshalb sollten wir die Laufzeiten unserer kostengünstigen Kernkraftwerke verlängern“, sagte der CDU-Wirtschaftspolitiker Laurenz Meyer. Die daraus folgenden Zusatzgewinne der Energiekonzerne sollten an private Haushalte fließen. „Alle Haushalte sollten die ersten 500 Kilowattstunden Strom verbilligt beziehen können.“ Die Union will die Forderung nach längeren Laufzeiten zum Wahlkampfthema machen. Es gehe um Klimaverträglichkeit, Preise und Versorgungssicherheit.

## AKTUELLES IN KÜRZE

## BOSNIEN

## Leichen überführt

Die Leichen der beiden bei einem Hubschrauberabsturz in Bosnien getöteten Bundeswehrsoldaten sind nach Deutschland zurückgeflogen worden. Die beiden Deutschen starben zusammen mit zwei Spaniern, als der Hubschrauber der EU-Friedenstruppe bei Banja Luka abstürzte.

## ÖSTERREICH

## Innenminister tritt ab

Der österreichische Innenminister Günther Platter (ÖVP) will sein Amt abgeben und künftig als Landeshauptmann (Ministerpräsident) in Tirol regieren. Der Tiroler Parteivorstand nominierte den Konservativen einhellig als Nachfolger von Herwig van Staa.

## CHINA

## Muslime verurteilt

Ein Gericht in China hat Berichten zufolge fünf muslimische Geistliche zu jeweils sieben Jahren Haft verurteilt. Sie hatten verbotene inoffizielle Pilgerfahrten nach Mekka in Saudi-Arabien organisiert, teilte der Weltkongress der Uiguren mit. Sie sollen zudem illegale Versionen des Korans verkauft haben.

## Das Datum

25. Juni 1919: Das erste Ganzmetall-Verkehrsflugzeug der Welt, die „Junkers F 13“, absolviert in Dessau seinen Erstflug.  
25. Juni 1950: Mit dem Überfall der nordkoreanischen Truppen auf den Südtteil des Landes beginnt der Korea-Krieg.  
25. Juni 2002: Der gesamte, bis dahin in Sachsen-Anhalt eingelagerte Bestand der noch verbliebenen DDR-Banknoten wird in Niedersachsen verbrannt.

## GROSSBRITANNIEN

## Terrorliste verkürzt

Das britische Parlament hat die iranischen Volksmudschahedin von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen. Die iranische Widerstandsgruppe wird von der EU und den USA als Terrorgruppe geführt.

## IRAN

## Präsident wettret

Die neuen Sanktionen der EU werden nach Darstellung Teherans keinen Einfluss auf das iranische Atomprogramm haben. Präsident Ahmadinedschad reagierte mit heftiger Kritik: „Ein Gerichtshof sollte gebildet werden, um alle zu richten und zu bestrafen, die versuchen, die Rechte der iranischen Nation zu verletzen.“

## FRANKREICH

## Referendum gekippt

Der französische Senat hat ein in der Verfassungsreform vorgesehene Referendum für den Fall eines EU-Beitritts der Türkei gekippt. Mit 297 zu 7 Stimmen votierte die Parlamentskammer für die Streichung der Volksbefragung.

## TIBET

## Öffnung für Touristen

Mehr als drei Monate nach Beginn der Unruhen in Tibet wollen die Behörden in China das Hochland wieder für ausländische Besucher öffnen. Wie der China News Service berichtete, sollen Tibet-Reisen für Touristen aus dem Ausland ab heute erlaubt sein.